

Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bauen und Denkmalpflege
am 20.09.2011**

um 17:05 Uhr bis 19:05 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal

Anwesend sind:

Vorsitzende

Frau Jutta Velte

Ratsmitglied

Herr York Edelhoff

Herr Kurt-Peter Friese

Frau Karen Krebs

für Herrn Sven Wolf

Herr Klaus Küster

Herr Ernst Otto Mähler

Frau Elke Rühl

Herr Hans Lothar Schiffer

für Herrn Günter Bender

Frau Beatrice Schlieper

Frau Rosemarie Stippekoehl

Sachkundiger Bürger

Herr Florian Böker

Herr Alexander Ernst

Herr Heinz Jürgen Heuser

Herr Jens Nettekoven

Herr Sigmar Paeslack

für Herrn Hans-Jörg Röntgen

Herr Volker Rudolf Zahnweh

Beratendes Mitglied

Herr Klaus Lellek

vom Seniorenbeirat

Herr Georg Gregull

von der Verwaltung

Herr Dr. Christian Henkelmann

Dezernat 3.00 - Bauen, Landschaftspflege
und Kultur

Herr Gerald Hein

Fachdienst 3.66 - Straßen- und Brückenbau

Herr Oliver Jilg

Fachdienst 3.67 - Grünflächen und Friedhöfe

Herr Wolfgang Putz

Fachdienst 1.31 - Umwelt

Herr Udo Quadflieg

Fachdienst 3.63 - Bauordnung und Bauleit-
planung

Herr Hans-Gerd Sonnenschein

Zentraldienst 0.12 - Stadtentwicklung und
Wirtschaft

Frau Sabine Strüwe Rosenbaum

Fachdienst 3.63 - Bauordnung und Bauleit-
planung

Herr Karl Bernhard Wiedenhoff

Fachdienst 3.67 - Grünflächen und Friedhöfe

Entschuldigt fehlen:

Ratsmitglied

Herr Günter Bender

Herr Hans Herbert Wilke

Herr Sven Wolf

Sachkundiger Bürger

Herr Hans-Jörg Röntgen

Tagesordnung

- | | | |
|--------------|---------|--|
| 1 | | Änderung/Erweiterung der Tagesordnung |
| 2 | | Niederschrift über die Sitzung vom 07.06.2011 |
| 3 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung |
| 3.1 | | Planung DOC |
| 3.1.1 | 14/1110 | Planung eines Designer Outletcenters im Bereich Blume
- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |
| 3.1.2 | 14/1175 | Anfrage von B90/DIE GRÜNEN zur Sitzung des Ausschusses für Bauen und Denkmalpflege sowie des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klima und Ordnung vom 01.08.2011 - Planung DOC |
| 4 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- Teil 1 - |
| 4.1 | | Projekt Wald 2.0
- Mitteilung Frau Velte |
| 5 | | Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung |
| 5.1 | | Müngstener Brücke |
| 6 | | Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung |
| 7 | | Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung |
| 8 | | Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung |
| 9 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- Teil 2 - |
| 10 | 14/1118 | Öffnung der unteren Alleestraße für den Fahrzeugverkehr; Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger und Grundsatzbeschluss über die weitere Vorgehensweise |
| 11 | 14/0828 | Wohnungspolitisches Handlungskonzept |
| 12 | 14/1109 | Lärmaktionsplan 1. Stufe für die Lenneper Straße im Abschnitt zwischen dem Johann-Vaillant-Platz und dem Abzweig Intzestraße (Straßen mit mehr als 6 Mio. Kfz/Jahr) |
| 13 | | Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- Teil 3 - |
| 13.1 | | Sitzungstermin November 2011
- Mitteilung Frau Velte |

- 14** 14/1044 Zustand eines Hohlweges im Bereich Ehringhausen, Anfrage von Herrn Störmer, Herrn Ernst
- 15** 14/1133 BP 612 - Gebiet zwischen Hans-Potyka-Str. und Virchowstr.
1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB
2. Entscheidung über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (gem. § 3 (1) BauGB)
3. Entscheidung über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (gem. § 4 (1) BauGB)
4. Beschluss über die öffentliche Auslegung des BP 612 (gem. § 3 (2) und 4 (2) BauGB)
- 16** 14/0978 Unterschutzstellung eines Bodendenkmals, hier Teilbereich des Danielshammers
- 17** 14/1012 Beschluss über den Minderausbau der öffentlichen Verkehrsflächen im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 410, gem. § 125 (3) Nr. 1 BauGB
- 18** 14/1105 Beschluss über den Mehrausbau der öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des Bebauungsplanes 298 Kippdorfstraße und Paulstraße (östlich Mühlenteich) -, gem. § 125 (3) Nr. 2 BauGB
- 19** 14/1115 Einstellung von Rückstellungen im Produkt 12 01 01 - Gemeindestraßen zum Jahresabschluss 2010
- 20** 14/1014 Neue Haushaltseinplanung zum Bau der Brücke Linde
- 21** 14/1086 Verwendung der Nahverkehrspauschale
- 22** 14/1087 Behindertengerechter Umbau der Haltestellen Eschenstraße und Wörthstraße
- 23** 14/1088 Behindertengerechter Umbau der Haltestellen Tannenhof, Remscheider Straße
- 24** 14/1029 Widmung eines Teilbereichs der Garschager Straße
- 25** 14/1161 Linienänderung im ÖPNV
- 26** 14/1039 Grabfeld für muslimische Bestattungen auf dem städtischen Friedhof Bliedinghausen
- Anfrage der W.I.R.-Fraktion in der Sitzung des Integrationsausschusses vom 14.06.2011
- 27** 14/1111 Änderung der Friedhofssatzung mit Ergänzung des Gebührentarifs zur Friedhofsgebührensatzung
- 28** 14/0903 Änderung der Baumschutzsatzung
Haushaltskonsolidierung; Prüfauftrag P.1 zum Produkt 13.01.01

- 29** 14/0904 Grünflächenunterhaltung in Remscheid; Haushaltskonsolidierung
- Maßnahme M.2 (Ifd.Nr. 265) zum Produkt 13.01.01
 - Maßnahme M.4 (Ifd.Nr. 267) zum Produkt 13.01.01
 - Prüfauftrag P.2 zum Produkt 13.01.01

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Dem Ausschuss liegen per Nachtrag zugestellt die zu TOP 3.1.2 angekündigte Drucksache 14/1175 vom 06.09.2011 und die zu TOP 10 (alt TOP 9) angekündigte Drucksache 14/1118 vom 31.08.2011 zur Beratung vor.

Des Weiteren liegt dem Ausschuss per Tischvorlage eingebracht die Drucksache 14/1088 zur Beratung vor.

Frau Stippe Kohl stellt den Antrag, die Beratung zur Drucksache 14/1118 – Öffnung der unteren Alleestraße für den Fahrzeugverkehr; Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger und Grundsatzbeschluss über die weitere Vorgehensweise analog zu der Verfahrensweise des Haupt- und Finanzausschusses solange zu vertagen, bis die Verwaltung den ihr vom Haupt- und Finanzausschuss in seiner vergangenen Sitzung erteilten Auftrag ausgeführt und zu der in Rede stehenden Thematik noch ergänzende Daten und Fakten vorgelegt hat. In diesem Zusammenhang richtet Frau Stippe Kohl die Bitte an die Verwaltung, den Seniorenbeirat wie auch den Beirat für die Gleichstellung der Menschen mit Behinderungen in den Beratungsprozess zu dieser Drucksache ebenfalls mit einzubeziehen.

Herr Edelhoff merkt ergänzend hierzu an, dass die Verwaltung im Rahmen der ihr in Auftrag gegebenen Klärung von Fragen zu den finanziellen Rahmenbedingungen auch die Anlieger der Alleestraße, die sich bekanntermaßen an den Kosten der damaligen Neugestaltung der Alleestraße zu einer Fußgängerzone beteiligt haben, vielleicht über eine schriftliche Kontaktaufnahme mit einbeziehen möge.

Auf Nachfrage von Frau Stippe Kohl zu dem Hintergrund für das von der Verwaltung nach vorliegender Drucksache 14/1133 – BP 612 – Gebiet zwischen Hans-Potyka-Str. und Virchowstr. gewählte Beratungsverfahren erläutert Frau Strüwe-Rosenbaum, warum die Verwaltung in diesem Fall bei ihrer Planung der Beratungsabfolge von dem bestehenden Grundsatz, wonach Bezirksvertretungen den Beratungsprozess – so sie nicht selbst das Gremium mit Entscheidungsbefugnis sind – beginnen, abgewichen ist.

Frau Stippe Kohl betont an dieser Stelle ausdrücklich, dass man bitte an dem bestehenden Grundsatz zur Beratungsabfolge auch weiterhin festhalten möge.

Frau Velte schließt sich diesen Ausführungen an und richtet daher noch einmal die ausdrückliche Bitte an die Verwaltung, den hier angesprochenen Grundsatz zur Beratungsabfolge zukünftig mit besonderer Sorgfalt zu beachten und bereits bei ihrer jährlich aufgelegten Sitzungsplanung zu berücksichtigen, um die Fachausschüsse in die Lage zu versetzen, ihre Beratungen unter Einbeziehung des Votums der Bezirksvertretung(en) führen zu können.

Mit Einverständnis des Ausschusses greift Herr Gregull die Ausführungen von Frau Stippe Kohl zur Beteiligung des Seniorenbeirates an der Beratung zur Drucksache 14/1118 auf und richtet hier die ausdrückliche Bitte an die Verwaltung, zukünftig verstärkt darauf zu achten und dafür Sorge zu tragen, dass der Seniorenbeirat zu allen ihn betreffenden Themen und Fragenkomplexen im Sinne der hierzu bestehenden Regelungen gehört und in das entsprechende Beratungsverfahren mit eingebunden wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um den Punkt

- 14/1088
Behindertengerechter Umbau der Haltestellen Tannenhof, Remscheider Straße

erweitert.

Die Beratung zu dem Punkt

- 14/1118
Öffnung der unteren Alleestraße für den Fahrzeugverkehr; Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger und Grundsatzbeschluss über die weitere Vorgehensweise

wird solange vertagt, bis die Verwaltung den ihr vom Haupt- und Finanzausschuss in seiner vergangenen Sitzung erteilten Auftrag ausgeführt und zu der in Rede stehenden Thematik noch ergänzende Daten und Fakten vorgelegt hat.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 07.06.2011

Herr Mähler erklärt, dass er nach seiner Erinnerung während der Beratungen zu den Punkten 12 bis 14 anwesend gewesen sei.

Herr Dattner nimmt zu den Ausführungen Stellung und merkt an, dass Herr Mähler ausweislich der Aufzeichnungen der Schriftführung zwar an der Sitzung des Ausschusses, nicht jedoch an der Beratung der hier angesprochenen Tagesordnungspunkte teilgenommen habe.

Herr Dattner macht des Weiteren auf einen redaktionellen Fehler auf Seite 12 der Niederschrift aufmerksam und führt hierzu aus, dass die Schreibweise des Nachnamens von Herrn Sven Wolf nicht „Wolff“, sondern „Wolf“ sei. Insoweit sei die Niederschrift unrichtig und um diese Korrektur zu ergänzen.

Beschluss (einvernehmlich):

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege erhebt keine Einwände gegen eine Ergänzung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.06.2011 zur Korrektur der auf Seite 12, 4. Absatz unrichtigen Schreibweise des Nachnamens von Herrn Sven Wolf.

3. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

3.1. Planung DOC

**3.1.1. Planung eines Designer Outletcenters im Bereich Blume
- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 14/1110**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.1.2. Anfrage von B90/DIE GRÜNEN zur Sitzung des Ausschusses für Bauen und
Denkmalpflege sowie des Ausschusses für Bürger, Umwelt, Klima und
Ordnung vom 01.08.2011 - Planung DOC
Vorlage: 14/1175**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**4. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- Teil 1 -**

**4.1. Projekt Wald 2.0
- Mitteilung Frau Velte**

Frau Velte berichtet, dass das Projekt Wald 2.0 des Forstverbands Remscheid von der NRW.Bank ausgezeichnet worden sei und schlägt vor, den Fachdienst Forstwirtschaft in seiner Eigenschaft als Geschäftsstelle des Forstverbandes um Vorstellung von Projekt und Preis in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses zu bitten.

Der Ausschuss erhebt keine Einwände.

5. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

5.1. Müngstener Brücke

Herr Dr. Henkelmann teilt mit, dass der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz (RVDL) die Oberbürgermeisterin mit Schreiben vom 01.09.2011 über seine auf der Jahrestagung am 25.06.2011 verabschiedete Resolution zum Erhalt der Müngstener Brücke und die hierzu abgegebene Stellungnahme des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vom 09.08.2011 unterrichtet habe. In seinen weiteren Ausführungen geht Herr Dr. Henkelmann auf die Resolution des RVDL und die Stellungnahme des BMVBS näher ein.

Des Weiteren berichtet Herr Dr. Henkelmann, dass sich der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Rat der Stadt im Namen der Fraktion mit Schreiben vom 05.07.2011 an die Bundeskanzlerin gewandt und hier um ihre Unterstützung gebeten habe. Hierauf habe das Bundeskanzleramt mit Schreiben vom 10.09.2011 geantwortet.

Ergänzend hierzu informiert Herr Dr. Henkelmann über den derzeitigen Stand des Verfahrens für die Aufnahme der Müngstener Brücke in die Liste des Weltkulturerbes und gibt einen Überblick über die Tätigkeit der am Verfahren Beteiligten und Mitwirkenden.

Frau Velte weist drauf hin, dass der VCD Remscheid ein Gutachten in Auftrag gegeben habe, das Aufschluss gebe über einen Stahl, der in Güte und Qualität dem des seinerzeit in der

Müngstener Brücke verbauten Stahls entspreche. Frau Velte regt an, die Ergebnisse dieser Untersuchung in das weitere Beurteilungs- und Prüfverfahren zur Sanierung der Müngstener Brücke mit einfließen zu lassen und bietet der Verwaltung an, hierfür den entsprechenden Kontakt zum VCD zu vermitteln.

Das Schreiben des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz vom 01.09.2011 mit Resolution und Stellungnahme des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie das Schreiben des Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Rat der Stadt vom 05.07.2011 an die Bundeskanzlerin und die hierauf gegebene schriftliche Antwort des Bundeskanzleramtes vom 10.09.2011 werden der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

6. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gemäß Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

7. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gemäß Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

8. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

Anträge gemäß Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

**9. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- Teil 2 -**

Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung liegen an dieser Stelle nicht vor.

**10. Öffnung der unteren Alleestraße für den Fahrzeugverkehr; Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen der Bürgerinnen und Bürger und Grundsatzbeschluss über die weitere Vorgehensweise
Vorlage: 14/1118**

(siehe hierzu auch TOP 1)

(vertagt !)

11. Wohnungspolitisches Handlungskonzept
Vorlage: 14/0828

Auf Nachfrage von Herrn Edelhoff zeigt Herr Sonnenschein den derzeitigen Stand der Arbeiten zur Umsetzung des Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses vom 05.05.2011 zur Erstellung eines im vorliegenden Beschluss näher bezeichneten Handlungsprogramms auf und kündigt für die Sitzung des Rates der Stadt im Dezember diesen Jahres – mit entsprechender Vorberatung in den Fachausschüssen – eine diesbezügliche schriftliche Berichterstattung der Verwaltung an.

Auf Nachfrage von Frau Velte stellt Herr Sonnenschein ergänzend die derzeitigen Überlegungen der Verwaltung zu einer Beteiligung der Öffentlichkeit in Bezug auf Gutachten und Handlungsprogramm vor.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

12. Lärmaktionsplan 1. Stufe für die Lenneper Straße im Abschnitt zwischen dem Johann-Vaillant-Platz und dem Abzweig Intzestraße (Straßen mit mehr als 6 Mio. Kfz/Jahr)
Vorlage: 14/1109

Herr Putz stellt Hintergründe und Zielsetzung des von der Verwaltung vorgelegten Lärmaktionsplans für die Lenneper Straße im Abschnitt zwischen Johann-Vaillant-Platz und Abzweig Intzestraße ausführlich vor und geht auf die von der Verwaltung zur Umsetzung dieses Lärmaktionsplanes vorgeschlagenen Maßnahmen näher ein.

Frau Stippe Kohl schließt sich im Namen der CDU-Fraktion der in vorliegendem Votum der Bezirksvertretung 2 – Süd zum Ausdruck gebrachten Argumentation an und stellt hierbei heraus, dass nach Einschätzung der CDU-Fraktion eine nachhaltig wirkende Minderung des Verkehrslärms in besagtem Abschnitt der Lenneper Straße solange nicht herbeigeführt werden könne, solange nicht für den hier angesprochenen Schwerlastverkehr eine alternative Verkehrsführung geschaffen worden sei.

Herr Edelhoff gibt zu bedenken, dass sich nach seiner Beobachtung und Einschätzung die Fahrgeschwindigkeiten der Fahrzeuge in dem hier angesprochenen Straßenraum insbesondere in den Verkehrsspitzenzeiten schon jetzt auf einem Niveau von etwa 30 bis 40 km/h bewegen dürften. Daher verspreche er sich von der Einführung von Tempo 30 km/h wie von der Verwaltung vorgeschlagen keine grundlegende Veränderung der momentanen Lärmsituation. Herr Edelhoff schlägt deshalb vor, die Verwaltung zu beauftragen, einmal ergänzend zu untersuchen, wie man auf die Verkehrs- und Lärmsituation in der Lenneper Straße vielleicht auf andere Weise – beispielsweise über eine Optimierung der Steuerung oder auch eine temporäre Abschaltung der Ampelanlagen wie auch mit Hilfe anderer, den Verkehr steuernde Maßnahmen – Einfluss nehmen kann. Bei Vorliegen der Ergebnisse dieser ergänzenden Untersuchungen könne sich dann der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege – so Herr Edelhoff in seinen Ausführungen – eine abschließende Meinung bilden und gegebenenfalls ein entsprechendes Votum abgeben.

Frau Stippe Kohl greift diese Überlegung auf und regt an, in die erwähnten Untersuchungen zur Lichtsignalsteuerung auch den Streckenabschnitt zwischen Unterführung und Lenneper Straße mit einzubeziehen.

Herr Schiffer stellt daraufhin den Antrag, der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege möge die weitere Beratung zur Drucksache 14/1109 – Lärmaktionsplan 1. Stufe für die Lenneper Straße im Abschnitt zwischen dem Johann-Vaillant-Platz und dem Abzweig Intzestraße (Straßen mit mehr als 6 Mio. Kfz/Jahr) zurückstellen. Zugleich möge der Ausschuss – wie von Herrn Edelhoff vorgeschlagen – die Verwaltung beauftragen, in einer ergänzenden Untersuchung aufzuzeigen, wie man auf die Verkehrs- und Lärmsituation in der Lenneper Straße auf andere Weise als durch Einführung von Tempo 30 km/h – beispielsweise über eine Optimierung der Steuerung oder auch eine temporäre Abschaltung der Ampelanlagen im Streckenabschnitt Bismarckstraße ab Unterführung und Lenneper Straße wie auch vielleicht mit Hilfe anderer, den Verkehr steuernde Maßnahmen – Einfluss nehmen kann.

Frau Stippe Kohl greift den Hinweis von Frau Rühl auf und bittet darum, besagten Untersuchungsauftrag zu präzisieren und ausdrücklich mit aufzunehmen, dass die Verwaltung nur solche Maßnahmen untersuchen solle, die sie gegebenenfalls ohne weiteren Kostenaufwand selbst umsetzen könnte.

Frau Rühl beantragt mit Blick auf das weitere Beratungsverfahren, die nachfolgenden politischen Gremien und hier insbesondere den Rat der Stadt zu bitten, ihre Beratungen zu vorliegender Drucksache bis zum Vorliegen der Ergebnisse der erwähnten Untersuchung der Verwaltung ebenfalls zurück zu stellen.

Im Verlauf der Beratung spricht Herr Edelhoff die Lärmsituation im Bereich der Bundesautobahn A 1 an und schlägt mit Blick auf die nunmehr seit geraumer Zeit ausstehende Fertigstellung der Lärmschutzwand auf der Richtungsfahrbahn Köln im Abschnitt zwischen Tank- und Rastanlage Remscheid und Anschlussstelle Remscheid und die damit verbundene Lärmbelastung für die angrenzenden Wohngebiete vor, dass sich der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege mit dieser Problematik einmal detailliert und umfassend auseinandersetzen möge. Zu diesem Zweck schlägt Herr Edelhoff der Vorsitzenden vor, diese Thematik in einer folgenden Sitzung des Ausschusses zur Beratung zu stellen und hierzu auch einen Vertreter des Landesbetriebs Straßenbau NRW einzuladen.

Des Weiteren schlägt Herr Edelhoff vor, dass der Ausschuss die Verwaltung bitten möge, einen eindringlichen schriftlichen Appell an Straßen NRW zu richten und hierbei den Landesbetrieb noch einmal in aller Form dazu aufzufordern, die hier beschriebenen, für die Anwohnerschaft nicht mehr länger hinnehmbaren Missstände schnellstmöglich zu beseitigen.

Herr Nettekoven sieht in einer temporären Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit in dem betrachteten Streckenabschnitt der A 1 auf 80 km/h bis zur Fertigstellung der Lärmschutzwand eine kurzfristig umsetzbare Lösung und schlägt vor, dem Landesbetrieb diesen Lösungsansatz nahezu legen.

Beschluss: (16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Beratung zur Drucksache 14/1109 – Lärmaktionsplan 1. Stufe für die Lenneper Straße im Abschnitt zwischen dem Johann-Vaillant-Platz und dem Abzweig Intzestraße (Straßen mit mehr als 6 Mio. Kfz/Jahr) wird zurückgestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt, in einer ergänzenden Untersuchung aufzuzeigen, wie man auf die Verkehrs- und Lärmsituation in der Lenneper Straße auf andere Weise als durch Einführung von Tempo 30 km/h – beispielsweise über eine Optimierung der Steuerung oder auch eine temporäre Abschaltung der Ampelanlagen im Streckenabschnitt Bismarckstraße ab Unterführung und Lenneper Straße wie auch vielleicht mit Hilfe anderer, den Verkehr steuernde Maßnahmen – Einfluss nehmen kann. Hierbei soll die Verwaltung ausdrücklich

nur solche Maßnahmen untersuchen, die sie gegebenenfalls ohne weiteren Kostenaufwand selbst umsetzen kann.

Beschluss: (16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Dem Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung, dem Haupt- und Finanzausschuss sowie dem Rat der Stadt wird empfohlen, ihre Beratungen zur Drucksache 14/1109 – Lärmaktionsplan 1. Stufe für die Lenneper Straße im Abschnitt zwischen dem Johann-Vaillant-Platz und dem Abzweig Intzestraße (Straßen mit mehr als 6 Mio. Kfz/Jahr) bis zum Vorliegen der Ergebnisse der vorstehend erwähnten Untersuchung der Verwaltung ebenfalls zurück zu stellen.

Beschluss: (16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege verständigt sich darauf, die Lärmsituation im Bereich der Bundesautobahn A 1 mit Blick auf die seit geraumer Zeit ausstehende Fertigstellung der Lärmschutzwand auf der Richtungsfahrbahn Köln im Abschnitt zwischen Tank- und Rastanlage Remscheid und Anschlussstelle Remscheid und die damit verbundene Lärmbelastung für die angrenzenden Wohngebiete nach Möglichkeit schon in der nächstfolgenden Sitzung zu erörtern und bittet die Vorsitzende, zu dieser Beratung einen Vertreter von Straßen NRW einzuladen.

Des Weiteren bittet der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege die Verwaltung, sich noch einmal mit einem eindringlichen schriftlichen Appell an Straßen NRW zu wenden und den Landesbetrieb dazu aufzufordern, die beschriebenen, für die Bewohner der angrenzenden Wohngebiete nicht mehr länger hinnehmbaren Missstände schnellstmöglich – beispielsweise über eine temporäre Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 80 km/h bis zur Fertigstellung der Lärmschutzwand – zu beseitigen.

**13. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
- Teil 3 -**

**13.1. Sitzungstermin November 2011
- Mitteilung Frau Velte**

Frau Velte gibt bekannt, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Bauen und Denkmalpflege nicht wie ursprünglich geplant am 15.11.2011, sondern am

Dienstag, dem 22. November 2011

stattfinden soll.

**14. Zustand eines Hohlweges im Bereich Ehringhausen, Anfrage von Herrn Störmer, Herrn Ernst
Vorlage: 14/1044**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

15. **BP 612 - Gebiet zwischen Hans-Potyka-Str. und Virchowstr.**
1. **Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB**
 2. **Entscheidung über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (gem. § 3 (1) BauGB)**
 3. **Entscheidung über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (gem. § 4 (1) BauGB)**
 4. **Beschluss über die öffentliche Auslegung des BP 612 (gem. § 3 (2) und 4 (2) BauGB)**
- Vorlage: 14/1133**

Frau Strüwe-Rosenbaum stellt anhand einer Planunterlage das Bebauungs- und Erschließungskonzept des Bebauungsplanes Nr. 612 – Gebiet zwischen Hans-Potyka-Str. und Virchowstr. – vor und geht auf Einzelheiten hierzu näher ein.

Frau Stippe Kohl bittet darum, dass der Ausschuss seinen Beschluss ausdrücklich unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Bezirksvertretung 3 – Lennep fassen möge.

Die der Drucksache 14/1133 beigefügten Anlagen – dies sind der Ergebnisbericht über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung, die Stellungnahmen der Bürger zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, der Ergebnisbericht über die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur frühzeitigen Beteiligung, eine Gebietsabgrenzung zum Bebauungsplan Nr. 612, der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 612 zur Offenlage, die Entwurfsbegründung zum Bebauungsplan Nr. 612, die Textlichen Festsetzungen und Hinweise zum Bebauungsplan Nr. 612, der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag, eine Schalltechnische Untersuchung, eine Geruchsmissionsprognose, ergänzende Stellungnahmen, eine Erstbewertung zur Altlastgefährdungsabschätzung, eine orientierende Altlastuntersuchung, eine orientierende Analytik aus dem Boden Bereich der Abscheideranlage, ein Merkblatt „Sondierungsbohrungen“ sowie die personenbezogenen Daten zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung – werden als **Anlage 2** zur Niederschrift genommen.

(siehe hierzu auch TOP 1)

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss – vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung 3 – Lennep – folgenden Beschluss zu fassen:

1. Aufstellungsbeschluss (gem. § 2 (1) BauGB)

Für den Bebauungsplan Nr. 612 – Gebiet zwischen Hans-Potyka-Str. und Virchowstr. – wird entsprechend der in der Anlage beigefügten Gebietsabgrenzung (sh. Anlage) der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB gefasst.
Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

2. Entscheidung über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen (gem. § 3 (1) BauGB)

Über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplan Nr. 612 – Gebiet zwischen Hans-Potyka-Str. und Virchowstr. – eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend des beigefügten Ergebnisberichtes entschieden.

3. Entscheidung über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen (gem. § 4 (1) BauGB)

Über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan Nr. 612 – Gebiet zwischen Hans-Potyka-Str. und Virchowstr. – eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend des beigefügten Ergebnisberichtes entschieden.

4. Offenlagebeschluss (§ 3 Abs. 2 BauGB)

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 612 – Gebiet zwischen Hans-Potyka-Str. und Virchowstr. – wird mit der Begründung und den wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt. Der Offenlagebeschluss, sowie Ort und Dauer der Auslegung, sind ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Mit Eintritt der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes Nr. 612 – Gebiet zwischen Hans-Potyka-Str. und Virchowstr. – ist der Bebauungsplan Nr. 192 in den Teilen nicht mehr anzuwenden, in denen er von der aktuellen Bauleitplanung überlagert wird.

**16. Unterschutzstellung eines Bodendenkmals, hier Teilbereich des Danielshammers
Vorlage: 14/0978**

Die der Drucksache 14/0978 beigefügten Anlagen – dies sind der Entwurf einer Verfügung zur endgültigen Eintragung des Bodendenkmals „Danielshammer“ gemäß § 3 des Gesetzes zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Landes Nordrhein-Westfalen vom 11.03.1980 (DSchG NRW), Fotoaufnahmen der Örtlichkeit des Danielshammer sowie ein Lageplan und

ein Auszug aus der Deutschen Grundkarte mit Kennzeichnung des Schutzbereiches des Bodendenkmals – werden als **Anlage 3** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Hiermit wird beschlossen, das Bodendenkmal „Danielshammer“ endgültig unter Schutz zu stellen und in die Denkmalliste der Stadt Remscheid einzutragen.

**17. Beschluss über den Minderausbau der öffentlichen Verkehrsflächen im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 410, gem. § 125 (3) Nr. 1 BauGB
Vorlage: 14/1012**

Die der Drucksache 14/1012 beigefügten Anlagen – dies sind ein Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes im Stadtgebiet, ein Auszug aus dem Bebauungsplan Nr. 410 sowie ein weiterer Lageplan mit Kennzeichnung der von einem Minderausbau betroffenen öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 410 – werden als **Anlage 4** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Minderausbau der öffentlichen Verkehrsflächen im Bereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 410 wird entsprechend der in der Anlage dargestellten Form gemäß § 125 (3) Nr. 1 BauGB beschlossen.

**18. Beschluss über den Mehrausbau der öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des Bebauungsplanes 298 Kippdorfstraße und Paulstraße (östlich Mühlenteich) -, gem. § 125 (3) Nr. 2 BauGB
Vorlage: 14/1105**

Die der Drucksache 14/1105 beigefügten Anlagen – dies sind ein Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes im Stadtgebiet, ein Auszug aus dem Bebauungsplan Nr. 298 sowie ein weiterer Lageplan mit Kennzeichnung der von einem Mehrausbau der Kippdorfstraße betroffenen Verkehrsfläche – werden als **Anlage 5** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der abweichende Ausbau (Mehrausbau) der öffentlichen Verkehrsfläche – Kippdorfstraße- im Bereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes 298 wird entsprechend der in der Anlage dargestellten Form gemäß § 125 (3) Nr.2 BauGB beschlossen.

**19. Einstellung von Rückstellungen im Produkt 12 01 01 - Gemeindestraßen zum Jahresabschluss 2010
Vorlage: 14/1115**

Herr Edelhoff nimmt an der Abstimmung nicht teil.

Abstimmungsergebnis:

Ja 15 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Für das Produkt 12.01.01 – Gemeindestraßen wird der folgende (Vorab-)Beschluss im Rahmen der Jahresrechnung 2010 gefasst:

Im Jahresabschluss 2010 wird gem. § 36 (4) GemHVO eine Rückstellung für unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen „Straßen“ in Höhe von insgesamt 64.333,36 € gebildet.

Der Teilergebnisplan 12.01.01 – Gemeindestraßen des Fachdienstes 3.66 – Straßen- und Brückenbau wird entsprechend belastet.

**20. Neue Haushaltseinplanung zum Bau der Brücke Linde
Vorlage: 14/1014**

Herr Hein macht auf einen redaktionellen Fehler in vorliegender Drucksache aufmerksam und weist darauf hin, dass die in Beschlussvorschlag und Begründung aufgeführte Bezeichnung der Investitionsmaßnahme 66 44 30 (Seite 2, Absatz 1) und Seite 3, letzter Absatz in **Ringstraße** (nicht Lennep Straße) zu korrigieren ist!

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Änderungen der Einplanung zum Neubau der Brücke Linde (INV 66 30 10) werden entsprechend der nachstehenden Aufstellung beschlossen:

Jahr	frühere Jahre - €	2012 €	2013 €	2014 €	Summe €
Ausgaben	75.000	0	2.274.000	783.000	3.132.000
Einnahmen					
> Landesmittel	0	0	647.000	216.000	863.000
> Private Mittel	0	0	1.353.000	451.000	1.804.000
Eigenanteil	75.000	0	274.000	116.000	465.000
Veränderung Eigenanteil gegenüber aktuellem IP	0	-69.700	+172.200	+116.000	+218.500

Der Mehrbedarf an Eigenmitteln wird kreditneutral bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Verschiebung der Fahrbahnerneuerungsmaßnahmen **Ringstraße** in Höhe von 202.000 € (INV 66 44 30) sowie der noch nicht verausgabten Mittel aus der Fahrbahnentwässerung Mittelgarschagen in Höhe von 16.500 € (INV 66 40 30) auf spätere Jahre.

21. Verwendung der Nahverkehrspauschale Vorlage: 14/1086

Im Zuge der Beratung weist Herr Hein auf eine Gesetzesänderung hin, aus der man – so die Befürchtung der Verwaltung – ableiten könne, dass Remscheid im Rahmen der Verteilung der Mittel aus der ÖPNV-Pauschale ab dem kommenden Jahr nur noch die Hälfte der bisher zur Verfügung gestellten Mittel erhalten werde.

Die der Drucksache 14/1086 beigefügte Tabelle mit einer Auflistung der zur Verwendung der ÖPNV- Pauschale für das Jahr 2011 vorgesehenen Maßnahmen wird als **Anlage 6** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Die vorgesehene Verwendung der ÖPNV- Pauschale für das Jahr 2011 wird gemäß beigefügter Tabelle beschlossen.

**22. Behindertengerechter Umbau der Haltestellen Eschenstraße und Wörthstraße
Vorlage: 14/1087**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**23. Behindertengerechter Umbau der Haltestellen Tannenhof, Remscheider Straße
Vorlage: 14/1088**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**24. Widmung eines Teilbereichs der Garschager Straße
Vorlage: 14/1029**

Der der Drucksache 14/1029 beigefügte Lageplan mit Kennzeichnung der zur Widmung vorgesehenen Verkehrsflächen der Garschager Straße wird als **Anlage 7** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Nach Maßgabe der §§ 6 und 14 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der derzeit gültigen Fassung, werden die in der Anlage zur Widmung schwarz schraffiert gekennzeichneten Verkehrsflächen der Garschager Straße innerhalb und inklusive der Rasenkantensteine und des Pflasterbandes gemäß § 3 Abs. 4 Nr. 2 StrWG NRW dem öffentlichen Verkehr als Gemeindestraße gewidmet, bei der die Belange der Erschließung der anliegenden Grundstücke überwiegen.

Es handelt sich um hierbei um die Flurstücke Gemarkung Lüttringhausen, Flur 48 Parzellen 324, 351, 352, 357 und 358.

Der Gemeingebrauch wird auf keine Verkehrsart beschränkt.

**25. Linienänderung im ÖPNV
Vorlage: 14/1161**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 26. Grabfeld für muslimische Bestattungen auf dem städtischen Friedhof Bliedinghausen**
- Anfrage der W.I.R.-Fraktion in der Sitzung des Integrationsausschusses vom 14.06.2011
Vorlage: 14/1039

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

- 27. Änderung der Friedhofssatzung mit Ergänzung des Gebührentarifs zur Friedhofsgebührensatzung**
Vorlage: 14/1111

Frau Rühl und Herr Friese nehmen an Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der der Drucksache 14/1111 beigefügte Entwurf einer Satzung zur Änderung der Satzung für die städtischen Friedhöfe in Remscheid vom 29.09.2000 sowie des Gebührentarifs zur Friedhofsgebührensatzung vom 23.12.1971 wird als **Anlage 8** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 14 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Satzung zur Änderung der Satzung für die städtischen Friedhöfe in Remscheid vom 29.09.2000 und zur Änderung des Gebührentarifs zur Friedhofsgebührensatzung vom 23.12.1971 wird gemäß Anlage 1 beschlossen.

- 28. Änderung der Baumschutzsatzung**
Haushaltskonsolidierung; Prüfauftrag P.1 zum Produkt 13.01.01
Vorlage: 14/0903

Frau Rühl nimmt an Beratung und Abstimmung nicht teil.

Frau Stippe Kohl spricht sich im Namen der CDU-Fraktion gegen die von der Verwaltung vorgeschlagene Änderung der Baumschutzsatzung aus und plädiert für eine Beibehaltung der derzeit geltenden Regelung zum Schutz von Bäumen mit einem Stammumfang von mindestens 80 cm.

Frau Velte stellt nach Beratung den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Die der Drucksache 14/0903 beigefügten Anlagen – dies sind der Entwurf einer Satzung zur Änderung der Baumschutzsatzung der Stadt Remscheid vom 20.09.1989 sowie der Entwurf einer Satzung zur Änderung des Tarifs zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Remscheid vom 17.12.1976 – werden als **Anlage 9** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 4 Enthaltungen 2

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Baumschutzsatzung der Stadt Remscheid vom 20.09.1989 wird gemäß Anlage 1 geändert.
2. Die Satzung zur Änderung des Tarifs zur Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Remscheid vom 17.12.1976 wird gemäß Anlage 2 beschlossen.

- 29. Grünflächenunterhaltung in Remscheid; Haushaltskonsolidierung**
 - **Maßnahme M.2 (Ifd.Nr. 265) zum Produkt 13.01.01**
 - **Maßnahme M.4 (Ifd.Nr. 267) zum Produkt 13.01.01**
 - **Prüfauftrag P.2 zum Produkt 13.01.01**
Vorlage: 14/0904

Frau Stippe Kohl schlägt im Namen der CDU-Fraktion vor, der Ausschuss möge die Verwaltung beauftragen, die in vorliegender Drucksache getroffenen Aussagen um Daten und Fakten zur Kosten- und Leistungsrechnung im Fachdienst 3.67 – Grünflächen und Friedhöfe zu ergänzen und in einer zusätzlichen Vorlage detailliert darzustellen, welche Kosten im Rahmen der Unterhaltung welcher Grünflächen im Einzelnen entstehen und welchem Kostenträger diese Kosten zuzuordnen sind. Des Weiteren möge der Ausschuss – so der Wunsch der CDU-Fraktion – die Verwaltung bitten, im Zuge ihrer ergänzenden Berichterstattung dann auch diejenigen Flächen im Einzelnen näher vorzustellen, die aus ihrer fachlichen Sicht in die Vermarktung gegeben werden sollten.

Nach Beratung stellt Frau Velte zunächst die Beschlussempfehlung der Bezirksvertretungen 1 – Alt-Remscheid, 2 – Süd und 4 – Lüttringhausen zur Drucksache 14/0904 und im Anschluss daran den Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

Die der Drucksache 14/0904 beigefügten Anlagen – dies sind eine Gesamtübersicht der Grünpflegeobjekte sowie eine Erläuterung zur Definition der Pflegeklassen – werden als **Anlage 10** zur Niederschrift genommen.

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss: (16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Der Bericht zur Grünflächenunterhaltung in Remscheid wird zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss für Bauen und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die entsprechend gekennzeichneten städtischen Grünflächen gemäß Anlage 1 werden nach gesonderter Beratung durch die jeweils zuständige Bezirksvertretung über den Fachdienst Vermessung, Kataster, Liegenschaften zur Vermarktung angeboten.

Beschluss: (16 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Verwaltung wird beauftragt, die in Drucksache 14/0904 getroffenen Aussagen zur Grünflächenunterhaltung in Remscheid um Daten und Fakten zur Kosten- und Leistungsrechnung im Fachdienst 3.67 – Grünflächen und Friedhöfe zu ergänzen und in einer zusätzlichen Vorlage detailliert darzustellen, welche Kosten im Rahmen der Unterhaltung welcher Grünflächen im Einzelnen entstehen und welchem Kostenträger diese Kosten zuzuordnen sind.

Des Weiteren wird die Verwaltung gebeten, im Zuge ihrer ergänzenden Berichterstattung diejenigen Flächen im Einzelnen näher vorzustellen, die aus ihrer fachlichen Sicht in die Vermarktung gegeben werden sollten.

gez.

Jutta Velte
Vorsitzende

gez.

Hans-Ulrich Dattner
Schriftführer